Sonnabend, den 18. April.

Thorner Zeitung.

№. 91.] Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf. [1868.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 16. April. Dem „Dresdner Journal" meldet eine Korresp. aus Wien, daß die Reise des dän. Kriegsministers nach Paris den Abschluß des Verkaufes der westind. Insel Croix an Frankreich zum Zwecke gehabt habe.

Darmstadt, 16. April. Das Kriegsminsterium ist nunmehr aufgelöst worden. Die Obristen Mootz, Scholl und Hartmann sowie die Ministerialräthe Hallwachs und Preuschen sind zur Disposition gestellt. — Prinz Ludwig hat das Divisionskommando wieder übernommen.

Wien, 16. April. Der ital. Gesandte am hies. Hofe, Marchese Pepoli, ist nach Ofen abgereist, um dem Kaiser seine Kreditive zu überreichen.

Paris, 16. April. Gestern haben sich wiederum sieben hannoversche Legionäre auf der preuß. Botschaft gemeldet, um nach der Heimath zurückzukehren. — Die Behauptung es hätten in Paris Vorbesprechungen über eine eventuelle Entwaffnung stattgefunden, wird an unterrichteter Stelle als unbegründet bezeichnet.

„Patrie" schreibt: Die neuerdings auftretenden beunruhigenden Gerüchte in Betreff der nordschleswigschen Angelegenheit sind um so seltsamer und unzutreffender, als sich grade jetzt eine wesentliche Besserung in den Beziehungen zwischen Preußen und Dänemark vollzogen hat.

„Patrie" bestätigt ferner das Dementi, welches bereits von anderer Seite der Meldung, daß in Paris und Berlin Vorschläge über gemeinsame Entwaffnung ausgetauscht würden, war. Dasselbe Blatt gedenkt gleichzeitig des gefriedigenden Verhältnisses, welches gegenwärtig zwischen beiden Staaten herrsche.

Florenz, 16. April. Die „Nazione" erfährt, daß der Finanzminister heute den Kammern einen Nachtrag zu dem Kriegs- und Marinebudget vorlegen wird, in welchem weitere Ersparungen im Betrage von 25 Millionen nachgewiesen sind. — Die Ruhe ist in Bologna wiederhergestellt.

Belgrad, 16. April. Der Minister z. D. Ristic wird sich in besonderer Mission nach Berlin und Paris begeben. Das Journal „Vidovdan" kanstatirt, daß seitens der türkischen Regierung Truppen an der serbischen Grenze konzentrirt werden.

Norddeutscher Reichstag.

Berlin. Donnerstag nimmt der Reichstag seine Verhandlungen wieder auf; auf der Tagesordnung stehen die bereits vor Ostern eingebrachten Interpellationen des Abg. Wiggers (Berlin), betreffend die Verhältnisse der Juden in Mecklenburg und den Erlaß eines Wahlgesetzes für den Reichstag; ferner der Gesetzentwurf wegen Aufhebung der polizeilichen Ehebeschränkungen und Wahlprüfungen. In einer der nächsten Sitzungen wird der Antrag des Abg. Dr. Aegidi, betr. die Freiheit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten, zur Schlußberathung gelangen. Die Referenten (Abg. Lesse und Dr. Schleiden) beantragen Annahme.

— 16. April. Die Mitglieder des Reichstages hatten sich heute zur ersten Sitzung nach den Ferien in derselben Zahl eingefunden, wie vor denselben. — Der Antrag des Abg. Löwe auf Sistirung des Strafverfahrens gegen den Abg. F. Duncker wurde zur Schlußberathung gestellt. — Präsident v. Delbrück beantwortete die schon vor den Ferien eingebrachte Interpellation des Abg. Wiggers (Berlin): ein allgemeines Wahlgesetz und Wahlreglement für das Bundesgebiet werde vorbereitet, nur dringendere legislatorische Arbeiten hätten die Emanation desselben bisher verhindert. Die zweite Interpellation desselben Abgeordneten betreffend die politischen Rechte der Juden, die im Mecklenburgischen Grundbesitz erworben haben, beantwortete Graf zu Eulenburg dahin, daß die Versagung dieser Rechte mit dem Freizügigkeitsgesetze nach der Ansicht des Bungesrathes nicht im Widerspruche stehe und daß der Bund gegen die Spezial-Gesetzgebung Mecklenburgs nicht einzuschreiten befugt sei, wobei dahin gestellt bleibe, ob eine Aenderung derselben nicht wünschenswerth sei. — Zu dem Gesetzentwurf, betreffend Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Befugniß zur Eheschließung, wie ihn die Kommission durch ihren Referenten Dr. Braun empfiehlt, lagen sechs Amendements von Dr. Prasch, Graf Bassewitz, Miquel, Evelt, Kratz und Stephani-Blum vor.

— Der „Weserztg." wird von hier über die Gewerbeordnung geschrieben: „Der nunmehr dem Reichstage vorliegende Entwurf unterscheidet sich nur sehr unwesentlich von dem ursprünglichen. Eine durchgreifende Modifikation betrifft die ursprünglich vorausgesetzte Organisation der Verwaltungsbehörden. An Stelle der Bezeichnungen der preußischen Behörden sind allgemeine Bezeichnungen: die Behörde die nach den Landesgesetzen zuständige Behörde u. dgl. gewählt. In ähnlicher Weise hat man sich in allen denjenigen Punkten geholfen, in welchen der Entwurf den z. B. im Königreich Sachsen u. s. w. bestehenden Prinzipien gegenüber einen Rückschritt enthält. In allen diesen Fällen ist es der Landesgesetzgebung oder der Ortsbehörde freigestellt, eine Beschränkung eintreten zu lassen. Es scheint aber doch dem Charakter der Bundesgesetzgebung zu widersprechen, der Landesgesetzgebung einen solchen Einfluß zu gestatten. Hoffentlich wird der Reichstag auf diesem Gebiete die Einheit der Gesetzgebung im Sinn der Gewerbefreiheit wahren.

— In Betreff der Garantie für eine Anleihe zur Herstellung der dauernden Fahrbarkeit der Sulina-Mündung wird berichtet, daß von den Mächten, welche an den Vereinbarungen des Pariser Friedensvertrages vom 30. März 1856 speziell betheiligt sind, schon Oesterreich, Frankreich, Großbritannien und die Pforte sich zur Uebernahme bereit erklärt haben. Von Seiten Italiens wird eine gleiche Bereitwilligkeit nicht bezweifelt. Nach den Erhebungen der europäischen Kommission zu Galatz stellt sich für die unter norddeutscher Flagge fahrenden Schiffe das Verhältniß in folgenden Zahlen heraus: Es verkehrten in den fünf Jahren 1862—1866 an der unteren Donau 148 Schiffe aus Preußen, einschließlich Hannovers, mit zusammen 29,001 Tonnen; 83 Schiffe aus Mecklenburg mit 19,936 Tonnen, 34 Schiffe aus Oldenburg mit 5298 Tonnen, und 3 Schiffe aus den Hansestädten mit 590 Tonnen.

Zollverein.

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrathes des deutschen Zollvereins für Zoll- und Steuerwesen, sowie für Handel und Verkehr, traten heute Mittag zu einer Sitzung zusammen, in welcher die Aenderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung berathen wurde.

Nordschleswigsche Frage.

Ueber die nordschleswigsche Angelegenheit berichtet man der „K. Z.": Zuverlässig verlautet, daß die Angaben der Pariser „Liberté" über die nordschleswigsche Angelegenheit unbegründet sind. Eine besondere dänische Cirkular-Depesche vom Ende Februar existirt nicht. Die Instructions-Depesche vom 9. März wurde, wie gemeldet, von Kopenhagen aus den anderen dänischen Gesandten zur Kenntnißnahme mitgetheilt. Auch die Behauptung, daß Dänemark vor etwa drei Monaten die Vermittlung Englands und Frankreichs angerufen habe, ist falsch. Die Instructionen des Herrn Quaade von Anfang Januars sollen ebenfalls den übrigen Gesandten zur Orientirung über die Sachlage abschriftlich mitgetheilt worden sein. Eine Anrufung der Mächte hat dänischerseits damals so wenig wie später stattgefunden.

Berlin, 15. April. Aus Wien wird der „Köln. Ztg." in der nordschleswigschen Angelegenheit aus anscheinend offiziöser Quelle geschrieben:

Verschiedene Andeutungen ließen den österr. Reichskanzler vermuthen, daß Oesterreich, welches offenbar allein berechtigt ist, auf Erfüllung des Art. 5 zu dringen, dieserhalb von dänischer oder wohl auch von französischer Seite angegangen werden würde. Da es nun durchaus nicht in die ganze Politik des Hrn. v. Beust gepaßt hätte, auf Andringen auswärtiger Mächte einen Schritt zu thun, der möglicher Weise (!) als gegen Preußen gerichtet angesehen werden könnte, so beauftragte er vertraulich den Grafen Wimpffen in Berlin, den Grafen Bismarck freundschaftlich zu ersuchen, dieser möge durch irgend ein Zugeständniß an Dänemark einem derartigen Gesuche Frankreichs an Oesterreich zuvorkommen und letzteres der peinlichen Alternative überheben, entweder Frankreichs Ersuchen ablehnen oder Preußen gegenüber mahnend auftreten zu müssen. Um desto sicherer Frankreich von dem unliebsamen Schritte, der ganz nahe schien, abzuhalten, wurde von dieser Depesche und dem Fürsten Metternich in Paris Kenntniß gegeben, und dort ist auch das „Memorial" von dieser Notifikation durch irgend eine Indiskretion benachrichtigt worden.

Politische Uebersicht.

Norddeutscher Bund.

Berlin. Herr Temme hat, wie die „K. H. Z." erfährt, kürzlich seine Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Disciplinarverfahren, durch welches er vor 17 Jahren aus seinem Amte als Director des Oberlandesgerichts zu Münster entlassen wurde, an das Obertribunal zu Berlin eingesandt. Justizrath Windhorst in Münster, sein früherer Vertheidiger, hat diese

Schrift legalisirt, die von allen Juristen, die sie gelesen haben, als Muster von Gründlichkeit, Scharfsinn und Gelehrsamkeit gerühmt wurde. Hr. Temme hat nur in so weit auf politische Zustände Rücksicht genommen, als er angeführt hat, warum er erst jetzt nach Verlauf von mehr als 17 Jahren das unstreitbar nichtige Urtheil angreife.

— 16. April. Der König ist unpäßlich und hütet das Zimmer. Der Kronprinz reist heute Mittags nach München ab.

— Seitens der Vorsteher der Kaufmannschaft von Stettin ist eine Versammlung von Delegirten sämmtlicher kaufmännischer Corporationen der Handelsstädte in den Küstenländern Norddeutschlands zum 21. d. Mts. nach Berlin eingeladen worden.

— Der hiesige russische Gesandte, Hr. von Oubril, ist nach Paris gereist, um die zwischen Hrn. Budberg und Meyendorf schwebende Angelegenheit, wodurch Budbergs Stellung bedroht sein soll, möglichst zu arrangiren.

— Mehrere der bewährtesten Vertreter des Volksrechts in Breslau, u. A. Dr. Asch, G. Drechsler, Dr. Elsner, A. Haase, Max Simon, Dr. Stein, Dr. Stich sind aus dem Breslauer Wahlverein der Fortschrittspartei ausgetreten und zwar wegen ihrer abweichenden Ansichten über die deutsche Frage.

Münster, 8. April. Aus der letzten Sitzung des Provinziallandtages wird hervorgehoben, daß auch ein Antrag auf Bewilligung eines Provinzialfonds, wie für die Provinz Hannover beschlossen wurde, gestellt worden ist. Der Antrag ging einstimmig durch; zwei Mitglieder enthielten sich der Abstimmung, da in der Petition an den König einige Ausdrücke vorkamen, die konstitutionelle Bedenken erregten. Es waren dies die Abgeordneten Metzmacher und Uhlendorff.

— Graf Friedrich zu Landsberg-Velen-Gemen hat auf dem Provinzial-Landtag neuerdings den Antrag gestellt: „eine hohe Ständeversammlung wolle bei des Königs Maj. die Errichtung einer katholischen Universität in Münster, beziehungsweise die Erweiterung der dortigen Akademie zu einer katholischen Universität, beantragen.“ In der Schlußsitzung am 7. d. wurde der Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben.

Wiesbaden. Die hiesige Spielbank-Gesellschaft hat mit dem Regierungskommissar, Geh. Rath Wohlers, eine definitive Vereinbarung getroffen. Darnach wird das Spiel bis ult. 1872 fortgesetzt, wogegen die Bank zur Amortisation ihrer Aktien jährlich 200,000 fl. verwendet und den Rest des Gewinns in fünf Jahresrate à 200,000 Thlr. bis zur Höhe von 1 Million Thlr. zur Bildung eines Kurfonds an die Städte Wiesbaden und Ems abgiebt. Beide Städte erhalten auch das Mibiliar der Gesellschaft. Die Aktionäre werden immerhin noch 25 bis 30 fl. Dividende per Jahr beziehen.

Süddeutschland.

Darmstadt, 14. April. Der Direktor des Kriegsministeriums Generalmajor v. Grolman ist in Folge vorwaltender Differenzen mit dem Range eines General-Lieutenants in den Pensionsstand getreten. — Der preuß. General v. Bonin wird eine Zeit lang hier verbleiben.

München. Ein Ministerial-Erlaß beauftragt die Kreisregierungen, die dem Schulgesetze feindlichen Agitationen sorgfältig zu beobachten und, ohne die freie Meinungsäußerung zu behindern, ungesetzlichen Ausschreitungen jeder Art kräftig entgegen zu treten, namentlich auch die Parteinahme von Beamten gegen den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf absolut nicht zu dulden.

Stuttgart, 13. April. Der „Beobachter“ das Organ der „Volkspartei“, veröffentlicht gegenwärtig Artikel „gegen das Kriegsministerium“, in denen ausgeführt wird, daß dieses die Hauptstütze des Preußenthums im Lande und zunächst in der Armee sei, und seine Beseitigung daher schon aus politischen Gründen das Hauptziel unserer nächsten Kammer sein müsse. Ferner dränge dazu der Finanzzustand, das steigende Militärbudget u. s. w. Allerdings sei dasselbe von der letzten Kammer erheblich beschnitten worden, aber dadurch eben werde der Zustand unerträglich. Was das Ministerium der Kammer abgerungen habe, sei zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Hieraus folge, daß der Kampf mit der neuen Kammer wieder beginnen müsse.

— 14. April. Nicht blos die Reservisten und Landwehrmänner des Bezirks Traunstein sind zu zweimonatlichen-Waffenübungen nach der Festung Ingolstadt einberufen, sondern die gleiche Maßregel trifft nach der „A. A. Z.“ alle Renitenten derjenigen Bezirke, in welchen das excessive Benehmen der Pflichtigen die Abhaltung der Control-Versammlungen ganz oder zum Theil vereitelt und wiederholte Anberaumung solcher nothwendig gemacht hat, also auch die Renitenten von Rosenheim, Neuhausen bei München, Degendorf, Hof, Teuschnitz u. s. w.

Karlsruhe, 13. April. Die Direktion der badischen Verkehrsanstalten scheint mit der Verwendung weiblicher Dienstleistungen bei den ihr unterstellten Branchen sehr gute Erfahrungen zu machen. Nicht nur ist die Telegraphenstation Karlsruhe mit weiblichen Telegraphisten besetzt, sondern auch der Dienst an der dortigen Bahnhofskasse wird seit kurzer Zeit von Damen versehen. Nach amtlichem Ausschreiben soll Gleiches auch im Postdienste bevorstehen. — Das Anfangsgehalt beträgt 400 Gulden.

Oesterreich.

— Die sächs. „Const. Ztg.“ berichtet: Der bekannte großdeutsche Demokrat und vormalige sächsische Maigefangene, Musik-Director Röckel, sei gegenwärtig von München nach Wien übergesiedelt, wo er für das ministerielle Preßbureau arbeite. (?) Derselbe Röckel saß zu der Zeit, da Frhr. v. Beust in Sachsen das Ruder führte, als politischer Verbrecher im Zuchthause zu Waldheim gefangen.

Eger, 10. April. Da das Concordat so gut wie beseitigt erscheint, regt sich im ganzen Böhmerlande, wie seltsam es klingen mag, das Hussitenthum. Die Erinnerung an den Reformator, welcher der deutschen Reformation voranging, ist in Böhmen nie erloschen und wird sicherlich sich einmal geltend machen. In einem Lande, wo nur die Klöster reich und mächtig, die Dorfgemeinden elend und arm sind, hat der Ruf nach kirchlicher Umbildung auch eine weit größere Bedeutung als anderswo.

Frankreich.

Paris, 14. April. Das Journal „Courrier français“ ist wieder erschienen. — „Liberté“ will wissen, Fürst Gortschakow bereite ein Rundschreiben vor, um den Mächten die vollständige Einverleibung Polens durch die Nothwendigkeit der politischen und administrativen Reichseinheit zu erklären. — Gegenüber allen Gerüchten, es hätten in den letzten Tagen zwischen dem Marquis Moustier und dem Botschafter Grafen Goltz lebhafte Verhandlungen anläßlich der nordschleswigschen Frage stattgefunden, wird von gut unterrichteter Seite versichert, daß seit vergangenen Donnerstag zwischen dem Grafen Goltz und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten überhaupt keine Besprechung stattgefunden, und die letzte, an gedachtem Tage erfolgte Unterredung der beiden Diplomaten sich nur über allgemeine Gegenstände mit vollständigem Ausschluß der nordschleswigschen Angelegenheit bewegt hat. — In der Budgetkommission sollen namentlich die Abgeordneten Favre, Louvet und Talhoult entschieden auf einer Reduktion des Kriegs- und Marinebudgets bestehen, und eine Streichung von 60 Millionen vorschlagen. Auch wird verlangt, daß die in das Extraordinarium gesetzten Ausgaben in das ordentliche Budget eingetragen werden. Die Erklärungen der Minister stehen noch bevor. — Der „Temps“ bewundert beim Lesen des Berichts des Ministers des Innern über die Bildung der mobilen Nationalgarde die eigenthümliche Gemüthsverfassung, welche die Regierung dahin führe, sich selbst beifällige Zeugnisse auszustellen. Man könne, fügt der „Temps“ ironisch hinzu, wenn man ein berühmtes Wort Napoleons I. etwas verändere, diese offizielle Literatur kennzeichnen, indem man sage: „Soldaten ich bin zufrieden mit mir!“. — Die Freischützengesellschaft von Verdun hat beschlossen, in einer Vorstellung an den Kriegsminister zu erklären, daß sie bereit sei, im Falle einer Invasion, aber nur in diesem Falle, sich unter die Befehle der Armeekommandanten zu stellen; sonst wolle sie ganz unabhängig bleiben und müsse namentlich bei dem Verlangen, ihre Führer selbst zu wählen, beharren.

Großbritannien.

London, 14. April. Disraeli vertheidigt in einem durch die „Times“ veröffentlichten Briefe an einen seiner Wähler die Nothwendigkeit der Einheit von Kirche und Staat, ohne welche die Revolution zum Siege gelange. — An dem großen Oster-Manöver der Rifle-Volountairs in Portsmouth und dem damit verbundenen Scheingefecht nahmen 25,000 Mann Theil. — Aus dem Ministerium des Auswärtigen gelangt die Nachricht in die Oeffentlichkeit, daß zwischen der Union und England gegenwärtig Verhandlungen zur Regelung der Auswanderungs- und Naturalisationsverhältnisse gepflogen werden. Der eben abgeschlossene Vertrag mit dem norddeutschen Bunde bildet, wie es heißt, die Basis zu denselben.

— Unter Lord Russell's Vorsitz wird am Donnerstag eine Volksversammlung in der St. James-Halle Statt finden, in welcher Gladstone's Vorschläge zur Abschaffung der irischen Staatskirche empfohlen werden sollen. Das wird nun die Regierung eben so wenig zum Nachgeben bewegen, wie die Verhandlungen des Unterhauses; Disraeli scheint fest entschlossen, das Staatsrudar wenigstens noch dieses Jahr hindurch festzuhalten. Der Spectator zeichnet den wahrscheinlichen Lauf der Dinge folgender Maßen vor: Disraeli werde nicht austreten, wofern man ihn nicht gewaltsam beim Kragen packe. Das Ministerium werde die Resolutionen Gladstone's der Reihe nach bekämpfen, so viel Zeit als nur immer möglich darüber vergeuden und, wenn schließlich geschlagen, der Königin folgendes Dilemma vorlegen: „Wir können der Krone nimmer empfehlen, eine Adresse zu genehmigen, welche die Auslieferung der irischen Kirche an den Feind empfiehlt. Eben so wenig können wir der Krone rathen, ein Gesuch zurückzuweisen, das von einer so großen Majorität gestellt wurde. Folglich schlagen wir eine Berufung an das Land vor, wollen jedoch aus Achtung vor den Gefühlen des Parlamentes und mit Rücksicht auf die Anforderungen der Lage die Auflösung bis zum Januar verschieben, wann das neue Wahlgesetz in Kraft tritt.“ Es sei wahrscheinlich, fügt der Spectator hinzu, daß das Haus gegen ein solches Verfahren, so gemein es auch sei, sich nicht ernstlich sträuben werde, und für die liberale Partei sei es aus mancherlei Gründen vielleicht besser, daß die Tories noch eine Weile lang am Ruder bleiben, — eine Bemerkung, die von aufrichtigen Liberalen, so von Bright, wiederholt gemacht worden ist.

Provinzielles.

— Als den Nachfolger v. Zander's bezeichnet man den Appellationsgerichts-Präsidenten v. Goßler zu Insterburg, einen Schwager des Cultusministers v. Mühler. So schreibt die „Post“.

Lessen. [Evangelische Kirche.] Dem „G. G.“ wird von dort Folgendes mitgetheilt: Achtzehn Jahre sind verflossen, seitdem die ersten Schritte zum Lessener Kirchenbau geschehen. Zehn Jahre lang sammelten einige Bürger unverdrossen, aber sparsam flossen die Beiträge bis zum Jahre 1862. Der verstorbene Bürgermeister Rafalski hat das Verdienst, durch Anregung zur Neuwahl eines Comités den ersten Anstoß zu einer lebhaftern Sammlung gegeben zu haben. Die Petitionen an den Prinzregenten, an den Ober-Kirchenrath fanden bereitwillige Unterstützung, und die hervorragende Thätigkeit des Herrn Landschafts-Directors von Körber förderten den Bau dermaßen, daß die evangelische Gemeinde am Palmsonntage das erste Mal ihre Andacht in dem freundlichen Gotteshause abhalten konnte. Am heutigen Tage riefen die von den Frauen des Gustav-Adolf-Vereins ge-

schenkten Glocken das erste Mal die Gemeinde zur Feier des heiligen Osterfestes. Wer, wie Einsender, die Zeiten kennt, wo in dem engen Schullokal alle 6 Wochen einmal Andacht gehalten, blickt mit inniger Freude auf das bald vollendete schöne Gebände. Bei der Wahl des Bauplatzes sagte Baumeister Martiny: „Nicht dort im Grunde, hier auf dem Berge wollen wir die Kirche bauen, und hier soll der Thurm emporsteigen, ein Riesenfinger, der die Menschen zum Himmel weisen soll.“ Und er hat brav Wort gehalten. Hoch ragt das goldene Kreuz, der Christen Siegesfahne, zum Himmel empor, die neue Schwesterkirche in Gr. Leistenau freundlich grüßend, und die eherne Zunge der Glocken erfüllt mit harmonischen Accorden die Lüfte. — Möge der Segen, der von heiliger Stätte ausgeht, die geistige Bildung der Gemeinde fördern. — Das walte Gott!

Lokales.

— **Commerzielles.** Am 27. d. M. findet zu Berlin die Eröffnung des Deutschen Zollparlaments statt. Was dürfen wir von demselben erhoffen? — Wir versprechen uns von dem Zollparlamente noch nicht die Erreichung des nationalen Zieles, die Vollendung des starken, nach Außen gesicherten und im Innern auf allen wichtigsten Lebensgebieten geeinten deutschen Reiches, wohl aber erwarten wir von dieser Versammlung einen tüchtigen Schritt vorwärts nach jenem Ziele zu, wir erwarten von ihr die Auflösung mancher Dissonanzen in einem einzigen patriotischen Streben, die Umstimmung manches durch Vorurtheil und mangelnde Kenntniß der Zustände und Personen im Norden gegen Preußen abgeneigten Landsmanns aus dem Süden, die Klärung der ganzen Situation, deren Unabgeschlossenheit unsere Feinde jetzt noch benutzen, um im Trüben zu fischen. Die Agitation für politische Einheit aus einem Parlament verbannen zu wollen, das der Einheitsdrang der Nation zusammengeführt hat, und dessen nächster Berathungsgegenstand, die handelspolitische Einigung, mit dem politischen Bedürfnisse auf das Engste verwachsen und aus diesem hervorgewachsen ist — wäre ein thörichtes, seiner selbst spottendes Beginnen. Mächtig und hinreißend, das hoffen und erwarten wir, soll das deutsche Wort aus dieser seit langen Jahren zum ersten Male aus dem ganzen Vaterland beschickten Versammlung in alle Gaue hinaustönen, und das kleinliche Gewimmer eigensüchtiger oder mißgünstiger Opponenten wird verstummen vor der Majestät des heller als je aufleuchtenden Sternes unserer Nation. — Die Regierung wird voraussichtlich größere Zurückhaltung beobachten, als das Parlament sich aufzuerlegen Anlaß hat, aber sie kann und darf nicht fortfahren, eine abstoßende Sprödigkeit zu zeigen, wo patriotische Wünsche ihr entgegenkommen. Wir haben es nicht mißbilligen können, wenn die preußische Regierung bisher Anstand genommen hat, einseitig mit Baden eine nähere Verbindung einzugehen, obwohl die Regierung und die Volksvertretung dieses Landes, wie die Mehrheit seiner Bevölkerung und der ganze intelligente Theil der letzteren dies begehrten. Aber ein Anderes wird es sein, wenn eine Versammlung von Abgeordneten aus ganz Deutschland jenes Begehren unterstützt, wenn dasselbe von einem deutschen Parlamente an das Präsidium des norddeutschen Bundes gestellt wird. In diesem Falle wäre ein Widerstand von Seiten Preußens ein unverzeihlicher politischer Fehler und eine Versündigung am deutschen Volke. Unter den Erfolgen, welche wir uns von dem Zollparlamente versprechen, steht in erster Reihe der vollkommene Anschluß Badens an den norddeutschen Bund.

— **Zur Unterstützung** der Hilfsbedürftigen im Carthauser und Neustädter Kreise sind der Redaction der „Gaz. Tor.“ vom Comité der vereinigten Emigration zu Paris 20 Thlr. zugegangen. Die Emigranten, so sagt das Comité in dem die Summe begleitenden Anschreiben, haben, obschon sie in der Fremde für ihren Unterhalt schwer arbeiten müssen, für die Nothleidenden in Galizien, Posen und den beiden Kreisen groschenweise 241 Frs. und 90 Cent. aufgebracht.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** Bei Insterburg sind seit einiger Zeit die Erdarbeiten auf der Thorn-Insterburger Eisenbahnstrecke eingestellt, weil die in Aussicht genommene Linie, welche in der nicht weit von besagter Stadt gelegenen Pabbeler Forst einen Torfmoor von mehr denn 80 Fuß Tiefe schneidet, wesentliche Aenderungen erfahren sollte.

— **Die neue Gewerbeordnung**, wie sie jetzt dem Reichstage des norddeutschen Bundes vorgelegt worden, enthält auch die bis jetzt vermißte Bestimmung, daß bei Concessionirung von Schauspiel-Unternehmern auch „gehörige Bildung“ neben der „Zuverlässigkeit“ gefordert werden soll; womit der wissenschaftlichen und künstlerischen Seite endlich ihr Recht eingeräumt werden könnte.

— **Witterung.** Während es bei uns in voriger Woche gewitterte und regnete, hat es in London und Paris gehagelt und geschneit. Am Sonnabend vor Ostern fiel in Wien gegen Morgen und in Berlin um Mittag Schnee.

— **Mahnung an die Mennoniten.** Bekanntlich beabsichtigen Mennoniten aus unserer Provinz, weil ihre Wehrfreiheit aufgehoben ist, nach Rußland auszuwandern. Einer ihrer Glaubensgenossen, welcher im „Gr. Ges.“ für die erfolgte Aufhebung der Wehrfreiheit, als den religiösen Grundsätzen der Mennoniten keineswegs widersprechend, das Wort redet, richtet an die Auswanderungslustigen folgende beherzigenswerthe Mahnung:

„Mögen Diejenigen, die namentlich nach Rußland auszuwandern gedenken, erwägen, daß die Begünstigungen, die man ihnen jetzt dort vielleicht noch gewährt, binnen nicht zu langer Zeit auch aufhören können. In Rußland haben sich in letzter Zeit große Reformen vollzogen, unter denen namentlich die Aufhebung der Leibeigenschaft hervorzuheben ist, als großer Schritt zur Hebung und Gleichstellung des Volkes, und viele Veränderungen stehen noch bevor. Bei einem so kriegerischen Volke, wie dem russischen, ist wohl zu erwarten, daß die allgemeine Wehrpflicht auch dort über kurz oder lang eingeführt werden wird, und dann werden unsere Landsleute sich dort ähnlicher Berücksichtigungen nicht zu erfreuen haben, wie sie ihnen hier auch jetzt noch zu Theil werden. In neuerer Zeit hat sich in Rußland eine gewisse Abneigung gegen die Deutschen geltend gemacht, und die freundliche Behandlung, welche die eingewanderten Mennoniten früher erfuhren, scheint mehr und mehr verschwinden zu wollen. Gebe man sich daher keinen Täuschungen hin! Wird die allgemeine Wehrpflicht auch in Rußland eingeführt, so können es die Mennoniten nur bereuen, Deutschland verlassen zu haben, denn der Dienst in der russischen Armee hat gewiß nichts Verlockendes.“

— **Postverkehr.** Als unbestellbar ist an das Kgl. Postamt zurückgekommen: eine hier am 1. d. Mts. aufgelieferte Postanweisung auf die Summe von 2 Thlr., adressirt an den Schuhmachermstr. Itrzikowski in Bromberg. Die Absenderin dieser Postanweisung, Lina Fehlau, hat hier nicht ermittelt werden können.

Um zu ermitteln, welche Resultate durch die Herabsetzung des Briefporto's auf 1 Sgr. gewonnen sind, ist den Postanstalten des norddeutschen Bundes aufgegeben worden, für je 10 Tage aus den Monaten November v. J. und Februar d. J. eine Uebersicht der Briefbeförderung zusammenzustellen. Aus der Vergleichung beider Resultate ergiebt sich in dem letzteren gegen den ersteren Zeitraum eine Vermehrung des Briefverkehrs um 4 pCt. Gleichzeitig hat sich herausgestellt, daß, während bisher nur ungefähr 66 pCt. der gesammten Correspondenz frankirt wurde, jetzt dies Verhältniß bis auf 95 pCt. gestiegen ist.

— **Lotterie.** Die Erneuerung der Loose zur vierten Klasse muß bei Verlust des Anrechts gegen Vorzeigung der Loose 3. Klasse bis Montag, d. 20. d. M., Abends 6 Uhr geschehen.

— **Polizeibericht.** Vom 1. bis einschließlich 15. April c. sind 9 Diebstähle zur Feststellung gekommen.

11 Bettler, 7 Dirnen, 8 Ruhestörer wurden zur Haft gebracht.

230 Fremde sind angemeldet.

Als gefunden wurden 5 Herrenhüte eingeliefert.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Die Hauptverwaltung der Staatsschulden** bringt folgende Bekanntmachung vom 26. April 1863, betreffend die Ersatzleistung für die präcludirten preußischen Kassenanweisungen v. 1835 und Darlehns-Kassenscheine in Erinnerung:

„Durch unsere wiederholt veröffentlichten Bekanntmachungen sind die Besitzer von Kassenanweisungen von 1835 und von Darlehnskassenscheinen von 1848 aufgefordert, solche behufs der Ersatzleistung an die Controle der Staatspapiere, Berlin, Oranien-Straße Nr. 92, oder an eine der Königlichen Regierungs-Hauptkassen einzureichen. Da dessenungeachtet ein großer Theil dieser Papiere nicht eingegangen ist, so werden die Besitzer derselben nochmals an deren Einreichung erinnert. Zugleich werden diejenigen Personen, welche dergleichen Papiere nach dem Ablaufe des auf den 1. Juli 1855 festgesetzt gewesenen, durch das Gesetz vom 15. April 1857 unwirksam gemachten Präclusivtermins an uns, die Controle der Staatspapiere oder die Provinzial-, Kreis- oder Localkassen abgeliefert und den Ersatz dafür noch nicht empfangen haben, wiederholt veranlaßt, solchen bei der Controle der Staatspapiere oder bei einer der Regierungskassen gegen Rückgabe der ihnen ertheilten Empfangscheine oder Bescheide in Empfang zu nehmen.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 17. April cr.

Fonds:	Schluß besser.
Russ. Banknoten	$83\frac{7}{8}$
Warschau 8 Tage	$83\frac{3}{4}$
Poln. Pfandbriefe 4%	$62\frac{1}{4}$
Westpreuß. do. 4%	82
Posener do. neue 4%	$85\frac{1}{2}$
Amerikaner	$76\frac{1}{4}$
Oesterr. Banknoten	$87\frac{1}{4}$
Italiener	$47\frac{1}{8}$
Weizen:	
Frühjahr	$92\frac{1}{2}$
Roggen:	flau.
loco	71
Frühjahr	$70\frac{1}{4}$
Herbst	58
Rüböl:	
loco	$10\frac{1}{3}$
Herbst	$10\frac{7}{12}$
Spiritus:	matt.
loco	20
Frühjahr	$19\frac{5}{6}$
Herbst	$19\frac{3}{4}$

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 17. April. Russische oder polnische Banknoten $83\frac{7}{8}$—$84\frac{1}{8}$, gleich $119\frac{1}{6}$—$118\frac{5}{6}$%.

Thorn, den 17. April.

Weizen 115—121 pfd. holl. 86—90 Thlr., 121—126 pfd. holl. 96—102 Thlr., 122—126 pfd. 92—96 Thlr. per 127—130 Pfd.; 98—102 Thlr. per 2251 Pfd. feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 112—116 pfd. 64—67 Thlr., 117—121 pfd. 68—70 Thlr. per 2000 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 60—62 Thlr., gute Kocherbsen 64—68 Thlr. per 2250 Pfd.

Gerste, Hafer ohne Zufuhr.

Danzig, den 16 April. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 115—132 pfd. von 95—135 Sgr. pr. 85 Pfd.

Roggen 117—121 pfd. von $90\frac{1}{2}$—$92\frac{1}{2}$ Sgr. pr. $81\frac{5}{6}$ Pfd.

Gerste, kleine 104—110 pfd. von 66—72 Sgr. pr. 72 Pfd. do große 106—113 Pfd. 67—$72\frac{1}{2}$ Sgr. 72 Pfd.

Erbsen Futter- 80—$92\frac{1}{2}$ Sgr. pr. Kochwaare pr. 90 Pfd.

Hafer 46—50 Sgr. pr. 50 Pfd.

Spiritus $20\frac{7}{12}$ Thlr. pr. 8000 pCt. Tr.

Stettin, den 16. April.

Weizen loco 98—105, Frühj. $104\frac{1}{2}$.

Roggen loco 71—75, Frühj. $72\frac{1}{2}$ Mai-Juni 72.

Rüböl loco $10\frac{1}{4}$, April-Mai $10\frac{1}{24}$.

Spiritus loco $20\frac{5}{12}$, Frühj. $20\frac{1}{12}$, Mai-Juni $20\frac{1}{6}$.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 17. April. Temp. Wärme 4 Grad. Luftdruck 27 Zoll 10 Strich. Wasserstand 11 Fuß 5 Zoll.

Inserate.

Es predigen:

Am Sonntag Quasimodogeniti, den 19. April cr.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Gessel. (Einsegnung.)
Nachmittags Herr Superintendent Markull.
Freitag, den 24. April, Herr Pfarrer Gessel.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.
Vormittags Herr Pfarrer Schnibbe.
Militärgottesdienst 12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Eilsberger.
Nachmittags Herr Pfarrer Klebs.
Mittwoch, den 22. April, Abends 6 Uhr, Wochen-Andacht, Herr Pfarrer Schnibbe.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.